

Kocka, Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Die Vereinigung der Wissenschaftssysteme und die Folgen für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland

Mitteilungen aus dem Bundesarchiv

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Kocka, Jürgen (1994) : Die Vereinigung der Wissenschaftssysteme und die Folgen für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland, Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, ISSN 0945-5531, Bundesarchiv, Koblenz, Vol. 2, Iss. 2, pp. 58-64

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112436>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

## Die Vereinigung der Wissenschaftssysteme und die Folgen für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland

Prof. Jürgen Kocka

---

Die Vereinigung Deutschlands ist ein historisches Experiment ohne Beispiel. Auf der Ebene der Verfassung, der Währungs-, Sozial- und Wirtschaftsordnung, auch auf der Ebene des Rechts und vieler Institutionen ging sie überraschend schnell vonstatten. Aber im Bereich des Alltags, der politischen Kultur, der sozialen Verhältnisse und der Mentalitäten ist sie noch ganz am Anfang. Wie steht es mit den Wissenschaften?

Die Vereinigung Deutschlands wurde 1990 als Übertragung des westdeutschen Systems auf die beitretenden ostdeutschen Länder angelegt. Wird das vereinigte Deutschland im Bereich der Wissenschaften im wesentlichen eine vergrößerte Fortsetzung der alten Bundesrepublik sein? Oder entsteht etwas Neues? Eine Zäsur wie die von 1989/90 geht am intellektuellen Leben nicht spurlos vorbei. Auch am wissenschaftlichen nicht, schon gar nicht an der Geschichtswissenschaft. Was hat die Vereinigung in der Geschichtswissenschaft Neues gebracht, was hat sie angestoßen, was vielleicht auch verschüttet?

In einem ersten Teil zeichne ich die Grundlinien des wissenschaftlichen Vereinigungsprozesses der letzten Jahre im allgemeinen nach. In einem zweiten Teil versuche ich zu zeigen, daß die Kulturwissenschaften im Osten Deutschlands von der Vereinigung besonders gravierend betroffen sind. Dann blicke ich auf die Resultate der Veränderung. Warum unterblieb die Reform? In einem vierten Teil frage ich nach vereinigungsbedingten Veränderungen in den Prämissen, Theorien und Inhalten der Sozial- und Geisteswissenschaften.

### I. Der Prozeß der Vereinigung

Bis 1989/90 hatten sich die beiden deutschen Wissenschaftssysteme weit auseinanderentwickelt. Ihre wichtigsten Unterschiede lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Das ostdeutsche System war hochgradig zentralisiert und kopflastig in Berlin, während in der Bundesrepublik vor allem das Hochschulsystem, zum Teil auch das System der außeruniversitären Forschung föderalistisch und damit dezentral geordnet war, trotz allmählich zunehmenden Gewichts des Bundes.

2. In wesentlichen Punkten hatte die DDR das sowjetische System adoptiert. Es gab eine strikte Trennung zwischen außeruniversitären Forschungsinstituten im organisatorischen Rahmen der Akademien und den Universitäten, die für die Lehre verantwortlich waren. Es gab 130 bis 140 Akademieinstitute, in fast allen Disziplinen. Rechnet man auf der Basis von Vollzeitstellen um, dann beschäftigten die Akademieinstitute insgesamt 32.000 Personen, d.h. mehr als doppelt so viele wie die Universitäten mit insgesamt 14.000 Mitarbeitern. Die Akademiewissenschaftler hatte keine Verpflichtung und meist auch keine Gelegenheit zu lehren. Dagegen war die Lehre unter den Pflichten der Universitäten zentral, die Forschung rangierte am Rande. Ganz anders lagen die Dinge in der Bundesrepublik. Zwar hatte man auch hier das Humboldtsche Ideal der Einheit von Forschung und Lehre nicht nur gepriesen, sondern noch öfter verletzt. Aber vor allem in den Kulturwissenschaften blieb doch auch die Forschung vorwiegend unter dem Dach der Universitäten, in enger Verbindung zur Lehre, und insgesamt beschäftigten die Hochschulen mehr wissenschaftliches Personal als die außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

3. In der Bundesrepublik sind zwar die meisten Institutionen der Forschung und wissenschaftlichen Lehre öffentlich (nicht privat), aus Steuergeldern (nicht über den Markt) finanziert, unter gewisser Kontrolle der Regierungen und mit beamteten oder quasi-beamteten Personen besetzt. Trotzdem genießen die meisten Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen grundsätzlich Autonomie. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist verfassungsrechtlich geschützt und steht nicht nur auf dem Papier. - Dagegen war die DDR eine Diktatur. Die Instrumentalisierung der verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche - so auch der Wissenschaften - durch das SED-Regime reichte so tief, tiefer etwa als in Polen oder in Ungarn. Es gab keine rechtlich garantierte Autonomie gesellschaftlicher Teilsysteme und Institutionen, mit partieller Ausnahme der Kirchen. Die marxistisch-leninistische Ideologie war verbindlich und durchdrang das akademische Leben, nach Organisation und Substanz, besonders in den Kulturwissenschaften. Natürlich gab es Kompromisse und Freiräume, der Befund ist keineswegs homogen. Aber politische Fremdbestimmung

mung kennzeichnete und beschädigte einen erheblichen Teil der Wissenschaften in der DDR, anders als in der Bundesrepublik.

4. Im Vergleich zum Westen und berechnet pro Kopf der Bevölkerung beschäftigte die DDR etwas mehr Personal im wissenschaftlichen Bereich als die Bundesrepublik. In den Sozial- und Geisteswissenschaften war der numerische Vorsprung der DDR - pro Kopf der Bevölkerung - besonders deutlich. Der zahlenmäßige Vorsprung der DDR wird aber exorbitant, wenn man ihn nicht mit der Zahl der Bevölkerung, sondern mit der Zahl der Studierenden vergleicht. Auf einen Lehrenden entfielen - rechnerisch - in Sachsen nur 1,7 Studenten, in Baden-Württemberg dagegen 5,9. Damit hing zusammen, daß in der DDR 12 % eines Jahrgangs in den Hochschulen ausgebildet wurden, in der Bundesrepublik dagegen 25 %, also ein mehr als doppelt so hoher Anteil. Im Osten war den Absolventen der Hochschulen ein angemessener Arbeitsplatz garantiert, im Westen nicht. In Hinsicht auf Studentenrekrutierung und Absolventenplatzierung war das System der DDR 1989 viel geschlossener und elitärer als das weit geöffnete westdeutsche.

Artikel 38 des Einigungsvertrags von 1990 sah die "Einpassung von Wissenschaft und Forschung (der DDR) in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland" vor. Dies bedeutete nicht, daß das westdeutsche System in jedem Detail auf den Osten übertragen werden mußte. Auch schloß die Regelung nicht aus, im Zuge der Vereinigung das westdeutsche System zu verbessern und das eine oder andere Element des ostdeutschen Systems zu erhalten. Aber Artikel 38 sah doch die Übertragung des westdeutschen Systems in seinen Grundzügen vor, vor allem Autonomie der Wissenschaft, Einheit von Lehre und Forschung soweit wie möglich und Dezentralisierung. Die Regelung implizierte, daß die Verhältnisse des Ostens an internationalen, sprich westlichen Kriterien zu messen sein würden. Integration wurde angestrebt, die west-östliche "Durchmischung" des wissenschaftlichen Personals galt früh als wichtiges Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Wie verlief der Prozeß der wissenschaftlichen Vereinigung? Man muß scharf zwischen außeruniversitärer Forschung und Hochschulen unterscheiden.

Die außeruniversitären Forschungsinstitute der DDR - speziell in den Akademien - wurden zum Gegenstand einer raschen, aber intensiven Evaluation durch den Wissenschaftsrat, der bereits vorher Erfahrungen mit der Evaluation von Forschungseinrichtungen im Westen gesammelt hatte. Der Wissenschaftsrat

bildete zu diesem Zweck 25 Arbeitsgruppen, von denen jede für eine Fächergruppe zuständig war. Zwischen 1990 und 1991 wurden ungefähr 130 Institute mit insgesamt 30.000 Beschäftigten besucht. Ungefähr 500 Wissenschaftler waren gutachtend beteiligt, meist aus der Bundesrepublik, zum Teil auch aus der DDR und dem Ausland. Die Evaluation durchlief mehrere Ebenen, es gab unzählige Treffen, Gespräche und Gutachten. Es war ein Prozeß voll von struktureller Ungleichheit zwischen West und Ost, zwischen Evaluatoren und Evaluierten. Es fehlte nicht an Mißverständnissen, Arroganz und Anpassung. Aber am Ende wurde die Evaluation auch von den meisten Betroffenen im Osten als fair beurteilt. Zwar hatte die Politik die Grundregeln, die Ziele und die finanziellen Möglichkeiten bestimmt, aber in der Evaluation selbst spielte die Begutachtung durch Wissenschaftler eine zentrale Rolle. Neben der Kompatibilität gegenüber den westdeutschen Strukturprinzipien waren wissenschaftliche Qualität und wissenschaftliche Leistung zentrale Kriterien. Nicht so sehr einzelne Wissenschaftler als vielmehr Institute, ihre Strukturen, Abteilungen, Arbeitsgruppen und Projekte waren Gegenstand der Beurteilung.

Im Endeffekt empfahl der Wissenschaftsrat, fast alle der 130-140 Akademieinstitute aufzulösen ("abzuwickeln"). Er empfahl aber auch, ca. 90 außeruniversitäre Forschungsinstitute neu zu gründen, zumeist viel kleiner, mit neuem wissenschaftlichen Profil unter westdeutscher Leitung. Nach den Wissenschaftsratsempfehlungen sollte jeder dritte Beschäftigte und jeder zweite Wissenschaftler der aufgelösten Akademie-Institute in anderen Institutionen weiterarbeiten, sei es in neugegründeten Instituten (die meisten), in schon bestehenden Forschungsinstituten oder - mit Hilfe eines speziellen Hochschulerneuerungs- und Wissenschaftlerintegrationsprogramms in den Hochschulen. Ganz grob gaben die Empfehlungen an, welche Gruppen wohin überführt werden sollten. Aber die endgültige Entscheidung blieb einem späteren Prozeß der individuellen Bewerbung und individuellen Evaluation überlassen, unter der Regie der aufnehmenden Institutionen. Zwischenzeitlich ist das meiste in die Wirklichkeit umgesetzt, mit einigen Ausnahmen - dazu weiter unten.

Die Restrukturierung der Universitäten kam später, sie erfolgte unter der Regie der neu etablierten Länderregierungen, die zu diesem Zweck eng mit ausgewählten Partnerländern im Westen kooperierten und zahlreiche Wissenschaftler aus westlichen Institutionen beteiligten. Der Wissenschaftsrat hat die Universitäten nicht evaluiert, aber er empfahl einige Regeln und Verfahren für ihre Restrukturierung. Der Wissenschaftsrat erarbeitete auch

Empfehlungen zur Struktur der einzelnen Disziplinen und machte Vorschläge zu unterschiedlichen Profilbildungen in den einzelnen Universitäten. Im Effekt zeigte sich, daß die Neustrukturierung der Hochschulen ungemein dezentralisiert verlief. Verfahren und Ergebnisse differierten sehr stark von Land zu Land, von Hochschule zu Hochschule, von Fach zu Fach. Informelle Netzwerke und politische Einflüsse spielten eine große Rolle.

Die weitgehend fehlende Koordination zwischen der Restrukturierung der Universitäten und der Restrukturierung der außeruniversitären Forschung war einer der größten Mängel des gesamten Prozesses. Dieser Mangel resultierte letztlich aus dem föderalistischen System der Bundesrepublik und aus der grundsätzlich defensiven Haltung sowohl der Länder wie der Universitäten vor allem im Westen, die jeden Zugewinn an Gewicht und Macht auf der Seite des Bundes und auf der Seite der außeruniversitären Forschungsinstitutionen zu verhindern oder doch klein zu halten versuchten.

Einige Fachhochschulen - wie die Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst - wurden geschlossen. Aber die meisten ostdeutschen Institutionen und auf jeden Fall alle ostdeutschen Universitäten blieben erhalten. Auf dieser institutionellen Ebene gab es also viel Kontinuität.

Aber die Hochschulen mußten schrumpfen. Das Geld kam größtenteils aus dem Westen. Die Kultur- und Wissenschaftspolitiker im Westen waren nicht bereit, die ostdeutschen Länder so zu finanzieren, daß ihre Ausgaben für Forschung und Universitätslehre höher sein würden als im Westen üblich, zumal auch die westlichen Universitäten, wie man weiß, gute Gründe hatten und haben, mehr Ressourcen zu verlangen, in der Regel ohne Erfolg. Das wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Personal der ostdeutschen Universitäten wurde - oder wird - auf circa 50 % reduziert, zwischen 1989 und 1995. Stellen unterhalb der Professorenebene werden von dieser Schrumpfung besonders betroffen. Die Zahl der Inhaber von Professorenstellen wurde ebenfalls stark reduziert - bis Frühjahr 1994 auf ca. 60 % des Standes von 1989 -, aber sie soll in den kommenden Jahren wieder auf den Stand von 1989 steigen. Abgebaut wurden und werden - auch nach den Zielzahlen - vor allem der "Mittelbau" und das halb- bzw. nicht-wissenschaftliche Personal, d.h. Kategorien, in denen Frauen besonders stark vertreten waren. Eine grundlegende Umstrukturierung des Hochschulpersonals wird die Folge sein.

Die Universitäten im Osten mußten sich auch qualitativ wandeln. Neue Gesetze und

neue Strukturen wurden eingeführt, gemäß dem westdeutschen Modell. Einige Fächer und Spezialisierungen wurden obsolet, z.B. die großen Sektionen für Marxismus-Leninismus oder die Wirtschaftswissenschaften, soweit sie auf Sozialismus oder RGW spezialisiert waren. Diese Abteilungen wurden abgewickelt. Andererseits entstand Bedarf an neuen Fachbereichen und Spezialisierungen, die bis dahin gefehlt hatten oder vernachlässigt worden waren: empirische Soziologie zum Beispiel, Handelsrecht, Betriebswirtschaftslehre, Kommunikationswissenschaft. Die Struktur der Universität war eng an die praktischen und ideologischen Erfordernisse des alten Systems gebunden gewesen. Jetzt stürzte das alte System schnell zusammen, ein neues wurde implantiert. In den Universitäten wurden Abteilungen, Stellen und Aufgaben gründlich neu definiert. Im großen und ganzen adaptierte man das westdeutsche System, in selektiver Weise und oft in verkleinertem Format, denn die Ressourcen waren knapp.

Folglich wurden die Qualifikationen neu definiert. Vorhandene Qualifikationen wurden entwertet und neue gefordert. Man führte das westdeutsche Wettbewerbssystem ein, mit Bewerbungen und Prüfungen. Zumindest auf der Ebene der Professoren sind meistens die Positionen neu ausgeschrieben worden. In der Regel hat man das alte Personal nicht automatisch bestätigt und einfach in das neu definierte Stellensystem überführt, vielmehr hatten sich die bisher amtierenden Hochschullehrer neu zu bewerben und neuen Auswahlprozessen zu stellen, gegen Konkurrenz. Häufig kamen die Konkurrenten aus dem Westen und brachten bessere Qualifikationen mit, auch wenn sie im Westen häufig zur zweitbesten Garnitur gehörten. Nach vorliegenden Schätzungen wurden Ende 1993 etwa 10 % aller Stellen in den ostdeutschen Universitäten und Forschungsinstituten von Westdeutschen besetzt, meistens die Führungspositionen. Nur in wenigen Fällen hat man Ausländer rekrutiert, das System ist im Zuge der Wiedervereinigung nicht kosmopolitischer geworden. Von den Professoren, die im Frühjahr 1994 an ostdeutschen Universitäten lehrten und forschten, kam jeder Dritte aus dem Westen.

Der Abbau der Stellen einerseits, die Neudefinition der Qualifikationen andererseits - das waren die hauptsächlichen Mechanismen hinter den zahlreichen Entlassungen und Neubesetzungen, hinter dem ganz erheblichen Elitenwechsel, der im Wissenschaftssystem der östlichen Länder seit 1990 durchgesetzt worden ist und der viel tiefer reicht als irgendwo sonst in der post-kommunistischen Welt und übrigens auch viel tiefer als im westlichen Deutschland nach 1945. Dagegen haben direkt politische Säuberungen eine ver-

gleichsweise geringe Rolle gespielt. Sicherlich, gleich nach der Wende sind politisch belastete Personen in großer Zahl zurückgetreten oder wurden dazu gezwungen, häufig von Initiativen in den einzelnen Universitäten oder Instituten. Später haben dann Ehren-Kommissionen und ähnliche Organe in den Universitäten große Teile des Personals überprüft und auf die Entfernung von Personen gedrängt, die sich nach moralischen und politischen Standards diskreditiert hatten. Wieder in anderen Fällen wurde die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit bekannt, mit Entlassung als Folge. Trotzdem kann man schätzen, daß nur 10 % aller Entlassungen auf politisch-moralische Belastung im eigentlichen Sinn zurückzuführen waren. Übrigens lag die politisch-moralische Überprüfung meistens in der Hand von ostdeutsch zusammengesetzten Kommissionen, während die Struktur- und Berufungskommissionen, die die wissenschaftliche Struktur neu definierten und Berufungen durchführten, meistens von westdeutschen Wissenschaftlern und Beratern dominiert wurden.

## II. Die Kulturwissenschaften als Verlierer

Soviel zum allgemeinen Bild. Bevor ich einige Konsequenzen ziehe, möchte ich etwas genauer auf die Sozial- und Geisteswissenschaften blicken, die man in der DDR als Gesellschaftswissenschaften zusammenfaßte, während sie in der Bundesrepublik oft unter der Bezeichnung "Kulturwissenschaften", subsumiert werden. Die DDR nahm die Kulturwissenschaften sehr ernst. Ihnen stand dort ein größeres Stück des Kuchens zu als in der Bundesrepublik, verglichen mit den anderen Wissenschaften. Sie waren nicht nur in den Universitäten wohl etabliert, sondern auch im System der außeruniversitären Forschung. 15 Akademieinstitute beschäftigten sich mit Geschichte, Literatur, Sprachwissenschaft, Kunst, Archäologie, Wirtschaftswissenschaften, Sozialpolitik und Wissenschaftstheorie, auch mit Sorbistik. Geschichte war besonders gut ausgestattet. Zugleich unterlagen diese Felder strikter Kontrolle von oben, politischer Instrumentalisierung und Ausnutzung für das System, das sich gern historisch und sozialwissenschaftlich legitimierte.

Die Evaluation ergab ein buntes Bild. Es fanden sich ausgesprochene Stärken, so die zentralasiatische Archäologie, Teile der Sprachwissenschaften, einige Traditionsprojekte wie das Altägyptische Wörterbuch. Es gab auffällige Schwächen, so in der Philosophie, in der Zeitgeschichte, in den pädagogischen Wissenschaften. Das meiste lag dazwischen, akzeptabel, aber nicht hervorragend. Die Geschichte war eine Großdisziplin, in sich heterogen. Große Teile der Neuesten Geschichte litten unter ausgeprägtem Dogmatis-

mus, die Alte Geschichte hatte man in den Universitäten vernachlässigt und ausgedünnt. Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte verdiente sich zunehmendes Interesse, so etwa die Geschichte der Landwirtschaft und auch die Kulturgeschichte des ländlichen Lebens. Die herausragenden Personen waren alt: Walter Markov, Manfred Kossok, Ernst Engelberg und Jürgen Kuczynski. Unter den jüngeren verdient Hartmut Zwahr, der Sozialhistoriker in Leipzig, besonders hervorgehoben zu werden.

Wenn man auf die Geschichtswissenschaft und die Kulturwissenschaften insgesamt blickt, kann kein Zweifel daran bestehen, daß ihr Standard unter dem westdeutschen lag. Die Kommunikation war beschränkt, sowohl intern wie nach außen. Schwierig gestaltete sich häufig der Zugang zur Literatur. Man litt an der ökonomischen Knappheit. Verschiedene Arten von Zensur - auch viel Selbstzensur - spielten eine schädliche Rolle. Überspezialisierung war die Regel. Rekrutierung und Beförderung folgten teilweise politischen Kriterien. Hausberufungen waren die Regel, Wettbewerb spielte eine vergleichsweise geringe Rolle, und es bestand wenig Anreiz zur Innovation. Übrigens war die politische Kontrolle in den Universitäten dichter und effektiver als in den großen Akademieinstituten.

Doch mit einer Ausnahme, nämlich dem Sorbischen Institut in Bautzen, fielen alle kulturwissenschaftlichen Akademieinstitute unter das Verdikt der Abwicklung. Ähnlich erging es den Akademieinstituten in anderen Wissenschaftsbereichen. Aber während in den Natur- und Technikwissenschaften, den Geowissenschaften und in der Bio-Medizin fast die Hälfte des Personals sofort in neu gegründete Forschungsinstitute transferiert werden konnte, blieb dieser Rettungsweg in den Sozial- und Geisteswissenschaften weitgehend verschlossen. Denn abgesehen von einem neuen Institut für Wirtschaftswissenschaften und der auf Zeit neu gegründeten Kommission für die Erforschung des sozialen Wandels in den neuen Ländern (Halle) erwies es sich als unmöglich oder doch sehr schwierig, neue sozial- und geisteswissenschaftliche Forschungsinstitute einzurichten. Zwar wurden sieben "Geisteswissenschaftliche Zentren" etabliert, ein neuer Typus von außeruniversitären, aber extrem universitätsnahen Forschungsinstitutionen, die etwa 100 Geisteswissenschaftler aus den aufgelösten Instituten übernehmen sollten. Aber die Existenz dieser Zentren ist gegenwärtig nur bis Ende 1995 garantiert und man diskutiert weiterhin kontrovers, ob sie auf Dauer institutionalisiert werden sollen. Unter den ca. 1.700 Mitarbeitern aufgelöster Akademie-Institute, die gemäß Wissenschaftsratsempfehlung in die Hochschulen transferiert werden sollten, waren besonders viele Gei-

steswissenschaftler. Aber die Universitäten haben große Schwierigkeiten, diese Integrationsaufgabe zu vollziehen, müssen sie doch ohnehin schrumpfen und ein Minimum an ost-westlicher Durchmischung bewerkstelligen. Anfang 1994 waren ca. 90 % jener 1.700 Wissenschaftler von Hochschulen beschäftigt, jedoch meist ohne wirkliche Einbindung in feste Arbeitszusammenhänge und mit Befristung bis 1996. Ob die Integration auf Dauer gelingt, bleibt fraglich.

Innerhalb der Universitäten sind Fächer wie Geschichte, Soziologie, Jura, Philosophie, Wirtschaftswissenschaft und Pädagogik besonders radikal umstrukturiert worden.

Wenn man die Sozial- und Geisteswissenschaften zusammennimmt, und das wissenschaftliche Personal dieser Fächer in Universitäten und Instituten im Jahr 1989 in den Blick nimmt, dann kann man schätzen, daß drei von vier in den Ruhe- oder Vorruhestand gingen, den Beruf wechselten, den Osten verließen, beschäftigungslos wurden oder - sehr häufig - so etwas wie eine Parkposition, z. B. in ABM-Projekten oder in befristeten Forschungsprojekten fanden (1993). Nur jeder Vierte scheint mit einer sicheren Stellung im eigenen Feld überlebt zu haben. Die Diskontinuität in den Sozial- und Geisteswissenschaften ist ausgeprägter als in anderen Fächergruppen.

Die große Mehrheit derer, die heute an ostdeutschen Universitäten als Professoren in den Geistes- und Sozialwissenschaften fungieren, sind neu berufen (nicht nur jeder dritte wie im Durchschnitt der Professoren aller Fachrichtungen). Die Mehrheit von ihnen kommt aus dem Westen. Als Beispiel diene die Soziologie. Anfang 1993 gab es 29 Soziologieprofessoren an ostdeutschen Universitäten. Von diesen kamen 25 aus dem Westen, nur 4 aus dem Osten, und von diesen wiederum war vor 1989 keiner ein Inhaber einer Professur gewesen. Sieht man auf die voll etablierten Geschichtsprofessoren neuen Rechts, dürfte das Muster ganz ähnlich sein, wenn auch in größerem Maßstab. Allerdings arbeiten weiterhin Professoren in den Hochschulen, die nicht in neue Stellen überführt, aber auch nicht entlassen wurden. In den Natur-, Technik- und Biowissenschaften ist dagegen die Kontinuität größer. Hier stellen die Zuwanderer aus dem Westen auch unter Professoren eine Minderheit dar.

Die Verwestlichung der Fakultät bedeutet zugleich ihre Vermännlichung. Man sollte hinzufügen, daß Wissenschaftler ostdeutscher Herkunft auf der Ebene des "Mittelbaus" und in reinen Forschungsinstitutionen sehr viel stärker vertreten blieben als unter den Professoren der Hochschulen.

In den Kulturwissenschaften gehen proportional mehr Stellen verloren als in den Natur-, Technik- und Biowissenschaften. Das relative Gewicht der Kulturwissenschaften im System der Wissenschaften insgesamt ist zurückgegangen. In diesem Sinn gehören die Geisteswissenschaften zu den großen Verlierern der Vereinigung.

### III. Verpaßte Reformchancen?

Die Übertragung des westdeutschen Modells auf die ostdeutschen Länder ist mit großer Geschwindigkeit vorangekommen. Die institutionelle Ordnung, die Gesetze und Regeln sind nach Osten exportiert worden, in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereichen auch viel Personal. In großem Maßstab wurden Ressourcen transferiert, um die arg vernachlässigte Infrastruktur zu verbessern, die Gebäude, die Bücher, die Apparate und Laboratorien. Die Verwaltungen sind reduziert worden und arbeiten vermutlich effektiver als früher. All das ist noch nicht beendet, aber doch auf dem Weg. Das ostdeutsche System hat sich dramatisch verändert, es ist heute viel besser als es war und es wird sich weiter verbessern. In gewisser Hinsicht gehört die wissenschaftliche Integration der letzten Jahre zu den Erfolgsgeschichten der Wiedervereinigung.

Die Integration im Sinn der Durchmischung hat Fortschritte gemacht, der Osten ist dem Westen ähnlicher geworden. Die Arbeit ist härter und unsicherer geworden, aber sie erfolgt unter besseren Bedingungen, sie bietet mehr Optionen, mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Selbstbestimmung für die, die noch in Arbeit sind. Besonders die Jungen scheinen davon sehr zu profitieren. Stipendien und andere Forschungsaufenthalte im Ausland sind gute Beispiele für die verbesserten Arbeits- und Lebenschancen. Doch sind drei Einschränkungen hinzuzufügen.

1. Der Transfer des westdeutschen Systems in den Osten hat zunächst zu einer großen Zerstörung geführt. Blickt man aufs Wissenschaftssystem insgesamt, zählt also Universitäten, Akademieinstitute und Industrieforschung aller Bereiche zusammen, so läßt sich schätzen, daß ein Drittel des gesamten Personals weiterhin fest in wissenschaftlichen Institutionen der östlichen Länder angestellt ist. Ein zweites Drittel befindet sich in Park- und Warteposition, in Übergangsstellen mit unsicherer Perspektive. Und ein drittes Drittel ist herausgefallen, befindet sich im Ruhestand, in anderen Beschäftigungen, in anderen Regionen oder in der Arbeitslosigkeit. Frauen sind unter den Verlierern überrepräsentiert, die Geisteswissenschaften auch, wie oben bereits erwähnt wurde. Viele Verluste erscheinen nicht re-

dierbar. Viel davon mag unvermeidbar gewesen sein. Dennoch, die Kosten sind hoch.

2. Institutionen, Regeln und Ressourcen sind transferiert worden, z. T. auch Personal, besonders in den Kulturwissenschaften. Dies bedeutet viel an Veränderung, nicht nur auf der Oberfläche, zweifellos. Aber wie tief reichen diese Veränderungen? Die Infrastruktur, das geistige Leben, die Gebräuche, auch die Verwaltung, vermutlich auch die Beziehungen zwischen Hochschullehrern und der örtlichen Umgebung - all das ändert sich erst in Jahren und Jahrzehnten. Werden die Importe aus dem Westen akzeptiert? Schlagen sie Wurzeln? Findet eine reale Durchmischung und Verbindung statt? Zweifel sind erlaubt. Je genauer man hinblickt, desto klarer sieht man die Grenzen der Verwestlichung. Und man findet viele Ressentiments, viel Kritik an den Veränderungen, die größtenteils aus dem Westen importiert und von oben erzwungen wurden.

3. Das westliche System, das in den Osten exportiert wurde, ist bei weitem nicht vollkommen. Seine Schwächen sind wohl bekannt. Das bundesrepublikanische Zahlenverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden ist beklagenswert. Die Universitäten sind gewachsen, ohne sich entsprechend zu reorganisieren. Verwahrlosung greift Platz, es fehlt an intensiver Betreuung der Studenten. Die Übel der Massenuniversität sind unübersehbar: erschöpfte Professoren, anonyme Studiensituationen, Bürokratisierung, fehlende innere Differenzierung. Warum hat man dieses bestenfalls zweitbeste System, manche sagen sogar: dieses kranke westdeutsche Universitätssystem nach Osten hin ausgedehnt, statt es bei dieser Gelegenheit als Ganzes zu reformieren, vielleicht durch Übernahme einiger Elemente aus dem ostdeutschen System? Wurde eine historische Gelegenheit verpaßt? Warum wurde die Vereinigung nicht zu einer systematischen Reform benutzt, die das westliche wie das östliche System veränderte, zum Nutzen des Ganzen? Auf diese viel diskutierte Frage sind drei kurze Antworten zu geben.

Auf der einen Seite ist klar, daß schnell gehandelt werden mußte, ohne viel Vorbereitung, unter dem Druck der Zeit, unter Bedingungen der Krise. In einer solchen Situation greift man nach den nächstbesten Optionen. Das ostdeutsche System war in schlechter Verfassung. Es war viel schlechter als das westdeutsche. Wie konnte man es schnell verbessern? Eine große Mehrzahl der Beteiligten war und ist - wohl zu recht - überzeugt, daß es schon eine große Leistung und ein großer Erfolg sein wird, das ostdeutsche System auf die Leistungsebene des westdeutschen zu heben, auch wenn dessen Grenzen und Schwächen nicht zu übersehen sind.

Auf der anderen Seite ist zu betonen, daß die Krise von 1989/90 nicht tief genug reichte. Sicherlich, die DDR machte bankrott, aber die Bundesrepublik nicht. Ganz im Gegenteil, die Ereignisse von 1989/90 bedeuteten einen Schub der Selbstanerkennung, ja der Selbstzufriedenheit in der westdeutschen Gesellschaft, zunächst. Hatte sie sich doch im Wettbewerb mit dem Osten gründlich bewährt. In einer solchen Situation zeigten die westdeutschen Politiker, Organisationen und Institutionen keine erhöhte Bereitschaft zur Selbstkritik. Es bestand wenig Neigung zur radikalen Selbstreform, weder bei den großen westdeutschen Wissenschaftsorganisationen noch in den zuständigen Ministerien, noch in der Bevölkerung insgesamt. Wohl etablierte Institutionen verstehen es, in Zeiten schnellen Wandels ihre Interessen zu verteidigen. Eben dies geschah. Die defensive Verteidigung von Interessen hat überhaupt im Prozeß der deutschen Vereinigung eine große Rolle gespielt, so auch im Bereich der Wissenschaften.

Schließlich der dritte Teil der Antwort: Die Vereinigung hat nicht nur zu einer Imitation des westdeutschen Systems im Osten geführt, einige wenige Reformen sind entweder gelungen, oder noch zu erhoffen. Da ist z. B. die neue Europa-Universität in Frankfurt/Oder, zweisprachig (deutsch und polnisch) mit einer neuartigen Kulturwissenschaftlichen Fakultät und besonderer Einbindung in die Region. Doch der Plan ist kühn, Brandenburg arm und die Zukunft noch unsicher.

Da sind die sieben Geisteswissenschaftlichen Zentren, die zunächst gut evaluierte Wissenschaftler aus den aufgelösten Akademieinstituten übernommen haben, mittlerweile die Zusammenarbeit von ost- und westdeutschen Wissenschaftlern organisieren und überhaupt eine bedeutende Verbesserung der geisteswissenschaftlichen Infrastruktur in Deutschland darstellen werden, wenn sie - gegen noch nicht überwundene Widerstände - langfristig institutionalisiert werden sollten: Forschungsinstitute neuer Art, in enger Verbindung zu den Hochschulen, eine Innovation als Produkt der Krise. Und da ist die - allmählich allerdings sinkende - Hoffnung, daß nach der Übertragung des westlichen Hochschulsystems auf den Osten die Wahrscheinlichkeit der Hochschulreform insgesamt gewachsen ist.

Die Zahlenangaben zumeist nach Hansgünter Meyer, Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien - Friktionen - Optionen - Statistik (= Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung/WZB, P 93-402) Berlin (WZB) August 1993; Wissenschaft in Deutschland, in:



WZB-Mitteilungen 58, Dez. 1992, S. 38-42; Dieter E. Zimmer, Wunder im Osten, in: Die Zeit Nr. 21, 20.5.1994, S. 45; M. R. Lepsius, Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45, 1993, S. 305-337. Vgl. auf der Grundlage von Erfahrungsberichten: Wolfgang Schluchter, Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Einigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 25/94, 24.6.94, S. 11-22; Gerhard A. Ritter, Der Neuaufbau der Geschichtswissenschaft an der

Humboldt-Universität zu Berlin - ein Erfahrungsbericht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 44, 1993, S. 226-238. - Wilhelm Krull, Neue Strukturen für Wissenschaft und Forschung. Ein Überblick über die Tätigkeit des Wissenschaftsrates in den neuen Ländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51/92, 11.12.1992, S. 15-28; Wolfgang Frühwald, Sie laufen anders, sie sprechen anders, sie sind anders geworden. Forschungsförderung in den neuen Ländern: Erneuerung oder Kolonisierung?, in: FAZ Nr. 92, 21.4.1994, S. 8.